

Die Rechtschreibreform, ein geistiges Erbe der 68er Bewegung?

Nathalie Schnitzer

► **To cite this version:**

Nathalie Schnitzer. Die Rechtschreibreform, ein geistiges Erbe der 68er Bewegung?. Cahiers d'études germaniques, Université de Provence-Aix-Marseille, 2008, 1968 - Quarante ans plus tard, 54, pp.17-35. hal-01364264

HAL Id: hal-01364264

<https://hal.univ-cotedazur.fr/hal-01364264>

Submitted on 29 Jul 2020

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Die Rechtschreibreform, ein geistiges Erbe der 68er Bewegung?

Nathalie SCHNITZER

Universität de Nice Sophia-Antipolis

Eine Reform kann das Verhältnis zwischen
Lehrer und Schüler bessern, auch das
zwischen Chef und Schreibdamen.

(Neßler 1972: 62)

Für manche Reformkritiker ist “die Rechtschreibreform unzweifelhaft ein Erbstück der 68er-Bewegung – inzwischen vielleicht sogar das einzige, das überlebt” (Guratzsch 2005). Da sich mittlerweile die Debatte um die deutsche Orthographie und die Möglichkeiten ihrer Erneuerung über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren erstreckt, kann den 68ern die Verantwortung für die Reform nicht ohne weiteres zugeschoben werden. Es stimmt jedoch, dass die Diskussion um die Vereinfachung der orthographischen Norm nach dem Scheitern der “Stuttgarter Empfehlungen” von 1954 und der “Wiesbadener Empfehlungen” von 1958 in der Umbruchstimmung der 70er Jahre eine neue Wendung bekam. Der Einfluss des sozialen Hintergrunds auf den Werdegang der Schüler wurde hervorgehoben, man forderte neue Erziehungsmethoden. Militante Pädagogen kritisierten die Praxis des Diktats als Diskriminierungsinstrument gegenüber den Kindern aus der Unterschicht. Die Rechtschreibung als Versetzungskriterium wurde in Frage gestellt. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie sich die Debatte der 70er Jahre in die Geschichte der Reformbemühungen einordnen lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei der Medienrezeption geschenkt werden.

1 Reformbemühungen bis 1968

Seit der amtlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung durch die II. Orthographische Konferenz von 1901 wird über eine Reform diskutiert. Damals hatte man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt, was für die Befürworter einer Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung nur bedingt befriedigend war. Dieser Kompromiss war somit der Ausgangspunkt für spätere Reformbemühungen: “Für Duden und andere Konferenzteilnehmer stellten die Regeln von 1902 kein Meisterwerk, immerhin aber einen erheblichen Fortschritt dar” (Zabel 1997: 51).

In den folgenden Jahrzehnten wurden verschiedene Versuche unternommen, die Rechtschreibung zu erneuern, unter anderem auch während des Nationalsozialismus. In der Nachkriegszeit ging die Reformdiskussion mit Vorschlägen weiter, die von der Verteidigung des Großbuchstabens¹ bis zu seiner Abschaffung zugunsten der radikalen Kleinschreibung reichten: “sie mag dem Leser freilich einen ungewohnten Anblick bieten, aber ihre Lektüre bereitet gewiss keine besonderen Schwierigkeiten”² (“Der Kampf um den Buchstaben” – ohne Autorenangabe 1946; Nachdruck in: Klute 1974a: 53).

1954 legte die “Arbeitsgemeinschaft für Sprachpflege” die sogenannten Stuttgarter Empfehlungen vor, die jedoch bei den politisch Verantwortlichen unbeachtet blieben. Daraufhin wurde in den “Wiesbadener Empfehlungen” (1958) der strittige Punkt der Abschaffung der Dehnungszeichen ausgeklammert. Trotz dieser Einschränkung waren die damaligen Vorschläge viel radikaler als die tatsächlich in die Reform von 1998 eingeflossenen Änderungen. Dabei waren die Mitglieder des “Arbeitskreises für Rechtschreibregelung” der Meinung, dass sie “die richtige Mitte zwischen den beiden Notwendigkeiten der Beharrung und der Entwicklung darstellen”, wie in der Anlage zu den Empfehlungen vermerkt ist (Nachdruck in: Drewitz / Reuter 1974: 140).

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Wiesbadener Empfehlungen:

1 “Wir würden für seine Einführung sein, wenn es ihn noch gar nicht gäbe” (Thierfelder 1946; Nachdruck in: Klute 1974: 55).

2 Alle Zitate aus den in Kleinschreibung verfassten Texten sind hier originalgetreu abgedruckt.

Groß- und Kleinschreibung	gemäßigte Kleinschreibung (Großschreibung nur am Satzanfang und bei Eigennamen)
Komma	nach "rhythmischen Empfinden" in Übereinstimmung mit der grammatischen Gliederung
Silbentrennung	nach Sprechsilben
Fremdwörter	Angleichung an die deutsche Schreibung
Doppelformen	werden beseitigt (an hand / anhand anhand)
Zusammen- und Getrenntschreibung	nur echte Zusammensetzungen zusammen; im Zweifelsfalle getrennt

Im Vordergrund stand die Debatte um die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung. Das Beispiel Dänemarks, das 1948 auf die Großschreibung der Substantive verzichtete, war damals noch sehr präsent und wird bis in die 70er Jahre immer wieder als Beispiel zitiert: "Die Dänen, die diese Regel von uns übernommen hatten, haben sie nach 1945 problemlos wieder beseitigt" (Grebe 1974: 62)³.

Die Argumente für und gegen die gemäßigte Kleinschreibung hat Paul Grebe (1968: 90-91) sehr anschaulich zusammengefasst. Für ihn steht fest: Zum einen ist es nicht Aufgabe der Schrift, grammatische Kategorien zu kennzeichnen, die sowieso fließend sind, zum anderen sind Grundschulkindern mit dem Problem der Unterscheidung von Wortarten ohnehin überfordert. Für die Gegner bietet die Großschreibung der Substantive eine wichtige Lesehilfe, außerdem würde die Abschaffung dieses Systems einen Traditionsbruch darstellen, der wegen des notwendigen Neudrucks vieler Werke auch noch mit erheblichen Kosten für die Verlage verbunden wäre.

2 Reformbemühungen nach 1968

Nachdem die Wiesbadener Empfehlungen Anfang der 60er Jahre an der politischen Front gescheitert waren, wurde es eine Zeit lang ruhiger auf dem umkämpften Gebiet der deutschen Rechtschreibung. Doch ab Anfang der 70er Jahre kam die Sache erneut ins Rollen. Die Wiesbadener Empfehlungen dienten als Diskussionsbasis und die Polemik kristallisierte sich wieder um die Einführung der gemäßigten

³ Zur Reformdiskussion in Dänemark siehe KRACHT 1974; zum Inhalt der dänischen Rechtschreibreform siehe u.a. BÖRGE 1972.

Kleinschreibung. Die folgende Übersichtstabelle liefert einige Anhaltspunkte zur Chronologie einer ereignisreichen Zeitspanne. Bemerkenswert ist die Anzahl der Tagungen, die sich innerhalb von zwei Jahren des heiklen Themas der Rechtschreibung annahmen:

1971	Tagung "Schreibung – gegenwärtige Gesellschaft", veranstaltet von der "österreichischen gesellschaft für sprachpflege und rechtschreiberneuerung" und der "internationalen Sonnenberg Association"
1972	Tagung der Fachschaft Deutsch an den pädagogischen Hochschulen Nordrhein-Westfalens (die Kleinschreibung in der Grundschule wird gefordert)
02.1973	Tagung am Zentralinstitut für Sprachwissenschaft (DDR) zum Thema "Sprachwissenschaftliche Probleme einer Reform der deutschen Orthographie"
02.1973	Deutscher Germanistentag in Trier; die Sektion I schließt sich dem Votum der Fachschaft Deutsch an und erweitert es auf den Sekundarbereich der Schulen
10.1973	Kongress "vernünftiger schreiben" in Frankfurt, gemeinsam veranstaltet von der GEW, dem PEN-Zentrum der BRD und dem Verband deutscher Schriftsteller
10.1973	Internationaler Kongress auf Einladung der "österreichischen gesellschaft für sprachpflege und rechtschreiberneuerung"

Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Kongress "vernünftiger schreiben". In der Resolution des Kongresses wurde von den politisch Verantwortlichen gefordert, das Nötige zu tun, "um mit anfang des schuljahres 1974/975 die rechtschreibreform in der schule beginnen zu können". Eine rückblickend utopische Vorstellung, die von der Aufbruchstimmung jener Tage zeugt. Die Veranstalter des Kongresses stützten sich auf den festen Glauben an einen gesellschaftlichen Wandel, der einen solchen Traditionsbruch ermöglichen sollte. Ganz so naiv waren sie jedoch nicht, denn der Appell an die offiziellen Stellen wurde an einen Diktat- und Zensurenboykott gekoppelt, "wenn die kultusminister die erforderlichen gesetzlichen regelungen auch weiterhin nicht beschließen" (Drewitz / Reuter 1974: 179). Darüber hinaus wollte man mit gutem Beispiel vorangehen und die praktische Umsetzbarkeit der angestrebten Reform unter Beweis stellen, und zwar ohne auf das grüne Licht der Kultusministerkonferenz zu warten. Die Veranstalter wurden aufgefordert, "ihre schriften und zeitschriften in gemäßigter kleinschreibung zu drucken" (Drewitz / Reuter 1974: 180). Das galt unter anderem für den Kongressbericht. Es hieß also:

Druck ausüben und Tatsachen schaffen. Sie nahmen es in Kauf, einen Normbruch zu begehen, was insofern als “revolutionär” bezeichnet werden darf, als sich die Sprachteilhaber (und erst recht die Akademiker) für gewöhnlich auf dem Gebiet der Schriftsprache äußerst normbewusst verhalten.

3 Rechtschreibung und Norm

Die Norm hat ihren Ursprung in dem Gebrauch, der im Laufe der Zeit konkurrierende Formen verdrängt, sich verallgemeinert und letztendlich zum richtigen Gebrauch avanciert. Wenn eine Form von der Sprachgemeinschaft nicht mehr stillschweigend angewendet, sondern als Norm empfunden wird, hat der Grammatiker bald eine passende Regel parat. Der Kreis schließt sich, indem die konkrete Regel – ihrem Wesen entsprechend – zwingend wird und die abstrakte Norm, aus der sie entstanden ist, im Gegenzug verstärkt und legitimiert. Das gilt insbesondere für die Rechtschreibung, die eine “kodifizierte Norm” darstellt und “aus einem Gefüge von vielen ‘orthographischen Regeln’ besteht” (Kohrt 1997: 297).

So entwickelte sich im deutschen Sprachraum die Verwendung der Großbuchstaben bei bestimmten Wörtern, zunächst bei Eigennamen und *nomina sacra*, dann aber auch bei Wörtern anderer Art “aus Gründen der Hervorhebung” (cf. Grebe 1974: 62). Dieser Gebrauch verallgemeinerte sich im Laufe des 17. Jahrhunderts und wurde allmählich als Norm anerkannt, bis 1722 erstmals eine Regel zur Großschreibung der Substantive von dem Grammatiker Freyer in seiner “Anweisung zur Teutschen Orthographie” formuliert wurde (cf. Grebe 1974: 62).

Die orthographische Norm ist prinzipiell konservativ, wie andere gesellschaftliche Normen auch: “Individuen neigen dazu, an ihren Normen festzuhalten, weil sie anders ihre Orientierung verlieren würden und unfähig würden, effektiv zu handeln” (Bartsch 1985: 163). Der Widerstand gegen jegliche Vereinfachung der Rechtschreibregel ist deswegen besonders groß, weil das Normsubjekt sich mit der Normautorität identifiziert und Normabweichungen “bei sich selbst und bei anderen korrigiert, kritisiert und selbst mit Sanktionen bedroht” (Bartsch 1985: 158). Als Garant der Verständigung zwischen den Mitgliedern einer Sprachgemeinschaft hat die Norm eine bindende Kraft und genießt ein hohes Ansehen. Gleichzeitig fungiert sie aber auch als Ausgrenzungsinstrument, indem sie dazu dient,

“einen Status quo zu stabilisieren, Privilegien derer zu garantieren, die von den Normen profitieren gegenüber denen, die von ihnen Nachteile haben” (Bartsch 1985: 164).

Nicht von ungefähr wurde in den militanten Kreisen der 70er Jahre die Rechtschreibung als “Religion” gebrandmarkt: “Das Gebäude von Dogmen und Regeln gilt als etwas schlechthin Richtiges, einer idealen Norm Entsprechendes, kaum noch als von Menschen gemacht oder jedenfalls nicht durch menschliche Willkür wieder veränderbar” (Bauer & Bauer 1972: 64).

Dass die bestehenden orthographischen Regeln nicht zufriedenstellend waren, weil sie niemand vollkommen beherrschte, darüber waren sich schon in den 50er Jahren viele einig. Es lag zum Teil an der Verkomplizierung der Regeln von 1902 in den sukzessiven Auflagen des Dudens, der ab 1955 auch noch quasi-amtlich geworden war. Die angestrebte Einführung der gemäßigten Kleinschreibung lief darauf hinaus, Zahl und Komplexität der Regeln zu reduzieren, womit die Legitimität einer orthographischen Norm nicht grundsätzlich angetastet wurde, wenn auch in der Übergangsphase eine gewisse Toleranz vorgesehen war.

In der Anlage zu den Wiesbadener Empfehlungen zur Groß- und Kleinschreibung wird aber auch der Standpunkt vertreten, man solle mit der Norm nicht so verkrampt umgehen: “Weniger von der neuen Rechtschreibung als von einem anderen Geist in ihrer Handhabung ist Besserung zu erwarten [...] es trifft nämlich nicht zu, dass eine gewisse Lässlichkeit im Betreiben der Rechtschreibung ein Chaos zur Folge haben würde” (Nachdruck in: Klute 1974a: 62). Der Arbeitskreis kritisiert “die Forderung nach lückenloser Uniformität”, die er auch als “orthographische Einheitstyranei” bezeichnet.

In den folgenden Jahren sollten die Stimmen derjenigen immer lauter werden, die beide Ziele anstrebten: Vereinfachung der überkomplizierten Rechtschreibregeln *und* Lockerung des Rechtschreibzwangs. Interessanterweise argumentierten die Gegner der Kleinschreibung zum Teil auch in diesem Sinne. Sie lobten die “modifizierte Großschreibung” im Namen der besseren Lesbarkeit und wiesen den Vorwurf der schweren Erlernbarkeit der Großschreibung zurück, indem sie an eine größere Rechtschreibtoleranz appellierten. So forderte 1973 ein Flugblatt der Reform-Initiative “Leichter lesen – freier schreiben” die Beibehaltung der Großschreibung bei gleichzeitiger Liberalisierung der Rechtschreibung: “Geben wir doch den Grenzbereich zwischen Hauptwörtern und anderen Wortarten, in dem

die meisten Schwierigkeiten liegen, frei!” (Nachdruck in: Klute 1974a: 86).

Im Vergleich zu denjenigen, die *nur* eine Vereinfachung der bestehenden Regel verlangten, waren sie, wahrscheinlich ohne es zu merken, die eigentlichen *Revoluzzer*.⁴ Es bedarf nämlich einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Autoritätsbegriff, um das Nichtbefolgen einer Norm als zulässig zu erklären. Eine höchst subversive Einstellung, die in der Praxis schwer haltbar ist, wenn es sich nicht um eine bloße Übergangsphase im Zuge des Reformprozesses handeln soll. Das hatte der überzeugte Reformgegner Karl Korn seinerzeit erkannt, als er sich darüber ärgerte, dass auf dem Kongress “vernünftiger schreiben” “bis zur Verrantheit hartnäckig abgestritten wurde, dass jede Orthographie, auch eine angeblich liberalisierte, Normen setzt, und als Normierung wiederum gesellschaftliche Herrschaft bedeutet” (Korn 1974; Nachdruck in: *Jahrbuch für internationale Germanistik* VI-2, 1974: 36).

4 Rechtschreibung und Zeitgeist

Aufgrund des Anfang der 70er Jahre etwas entspannteren Verhältnisses der Sprachgemeinschaft zur Norm rechneten die Reformbefürworter mit einer recht hohen gesellschaftlichen Akzeptanz: “So konvergieren die Bestrebungen verschiedener Gruppen – seien sie sachverständig oder engagiert oder beides –, und auch in der Gesamtbevölkerung scheint die Tendenz zur ‘gemäßigten Kleinschreibung’ zu überwiegen” (Klute 1974b: 95). Es sollte eine Reform *von unten* sein, gegen die “reaktionäre Großschreibung” (Bauer 1973; Nachdruck in: Klute 1974a: 78). Eine Reform *von unten* hieß auch, dass die Schüler selbst an diesem Prozess teilnehmen sollten. *Das kleine rote schülerbuch* (Andersen u.a. 1970) empfahl: “Am besten beginnt eure ganze Klasse von einem verabredeten Datum an, alles klein zu schreiben. Lehrer dürfen Klassenarbeiten nicht werten, wenn zu viele von euch schlecht abschneiden” (Nachdruck in: Klute 1974a: 72). Was heute wie Manipulierung von Schulkindern anmutet, galt damals als emanzipatorischer Akt der jungen Generation gegen das autoritäre Erziehungsideal der Nachkriegszeit, das “aus einem Loblied auf Gehorsam und unbedingter Gefolgschaft [bestand] und einem Unterwerfungsritual gleich [kam]” (Koch 2007: 109).

⁴ Aus Richard Schrodts Schimpfwörtersammlung für Reformbefürworter (cf. SCHRODT 1991: 22).

Die These der Rechtschreibreform als sozialer Fortschritt im Sinne der Chancengleichheit bedurfte einer empirischen Überprüfung. Exemplarisch dafür ist die Studie von Rosemarie Rigol über die möglichen Zusammenhänge zwischen Fehlerstrukturen und sozialer Herkunft, die im Herbst 1968 bei 400 Grundschulern durchgeführt wurde. Die Wissenschaftlerin kommt zu dem an sich wenig überraschenden Ergebnis, dass die „Rechtschreibleistung der untersuchten Kinder unverkennbar mit ihrer Schichtzugehörigkeit [zusammenhängt]“ (Rigol 1970: 167). Interessant ist jedoch die anhand der gesammelten Daten gewonnene Einsicht, dass „Wahrnehmungsfehler“ (vs. „Regelfehler“) bei diesen Schülern besonders häufig auftreten würden. R. Rigol führt dies auf die mangelnde – sozial bedingte – Wahrnehmungsfähigkeit der Unterschichtenkinder zurück, die eine erfolgreiche Bewältigung der Rechtschreibung unmöglich mache.

Auf die Frage, ob unter solchen Umständen eine auf die Vereinfachung der Rechtschreibregel gerichtete Reform nicht am eigentlichen Problem vorbeiziele, geht die Autorin allerdings nicht ein. Sie schließt ihre Ausführungen mit der dringenden Empfehlung, den Rechtschreibunterricht „sehr genau, fast pedantisch“ zu gestalten, denn: „Nur durch Hartnäckigkeit, die methodisch so phantasievoll wie möglich sein sollte, können wir erreichen, dass auch einem Unterschichtenkind der geschriebene Wortkörper Gegenstand der Aufmerksamkeit wird“ (Rigol 1970: 168). Dieses Fazit wird in der Rezension von Gerhard und Sybille Bauer scharf kritisiert, weil R. Rigol damit den Druck von außen nach innen umkehre und „letzten Endes doch die irrationalen Duden-Muster einschleifen“ wolle (Bauer & Bauer 1971: 191). An diesem Beispiel werden die Spannungen sichtbar, die zwischen den behutsamen und den radikalen Reformern durchaus vorhanden waren, während heutzutage oft pauschal von der 68er Generation gesprochen wird, als habe es sich um eine einheitliche Bewegung gehandelt.

Im Grunde ging es den Reformbefürwortern darum, ein unzulängliches System zu verbessern, mit dem Ziel, den Kindern das Erlernen der Schriftsprache zu erleichtern. Doch dieses einfache, didaktisch nachvollziehbare Vorhaben entwickelte sich zum ideologischen Diskurs, wie aus einem Begleittext zur „Entschließung der Sektion I des Deutschen Germanistentags vom 14. Februar 1973“ klar hervorgeht: „Diese imperialistische und bürokratische Kulturnorm greifen wir an und wollen wir beseitigen“ (Bauer 1973; Nachdruck in: Klute 1974a: 79). Zunächst klingen diese „Grundsätze im Kampf um die vereinfachte Rechtschreibung“ wie ein Bravourstück marxistischer

Rhetorik: “Die Norm” muss von den zahlreichen Relikten, die die Willkür und den Übermut der feudalabsolutistischen Herrschaft und die furchtsame Anpassung, den Klassenkompromiss des Bürgertums mit den Adligen und Militärs widerspiegeln, gereinigt werden” (Bauer 1973; Nachdruck in: Klute 1974a: 80). Beim Weiterlesen stellt sich aber heraus, dass die Reform gleichzeitig der kapitalistischen Rationalisierung dienen soll. Durch die Reform werden nämlich nicht nur Unterrichtsstunden, sondern auch Sekretärinnen eingespart:

Wir müssen als harte Konsequenz der Reform mit der Entlassung von 5-6% Angestellten im Schreibdienst rechnen – eine ziemlich erschreckende Perspektive, erträglich nur für die, die den kapitalistischen Arbeitsmarkt zur Zeit für genügend elastisch halten, und für die, die die Aufblähung des Verwaltungssektors gegenüber der Produktion als gesellschaftspolitisch schädlich ansehen und seine tendenzielle Reduktion durch den gleichen Rationalisierungsprozess, der die Fabrikarbeiter schon länger betroffen hat, begrüßen. (Bauer 1973; Nachdruck in: Klute 1974a: 81)

Jetzt hat man es mit einer Reform im Namen der gesteigerten Effizienz zu tun, die die bestehenden Herrschaftsstrukturen keineswegs gefährdet. Hans Neßler seinerseits verspricht sich eine Entspannung des Arbeitsklimas an Schulen und Betrieben: “Eine Reform kann das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler bessern, auch das zwischen Chef und Schreibdamen” (Neßler 1972: 62). Auch er scheint an die positive Wirkung der Reform auf die Marktwirtschaft zu glauben: “Der Mangel an Schreibdamen und das Gefühl, mit der Rechtschreibbremse Geld hinauszuerwerfen, dazu der steigende Zwang zur Kostensenkung durch den offenen Wettbewerb in der EWG erleichtern die Entscheidung” (Neßler 1972: 64).

Ob solche Darstellungen wirklich ernst gemeint oder eher strategischer Natur waren und das Ziel verfolgten, die Reformdiskussion aus der linken Ecke herauszuholen und salonfähig zu machen, sei dahingestellt. Ein gewisser Opportunismus ist wahrscheinlich nicht auszuschließen. An solchen Beispielen merkt man jedenfalls, dass man sich ideologisch auf unstabilem Boden befand. Es ist auch nicht verwunderlich, dass in den 90er Jahren – vor dem Hintergrund der Globalisierung und der gespannten Sozialverhältnisse im wiedervereinigten Deutschland – die Anhänger der Reform nicht auf die Idee kamen, solche Argumente zu übernehmen.

5 Zur Mediendiskussion

In der konservativen Presse löste die geplante Einführung der gemäßigten Kleinschreibung heftige Reaktionen aus. Es ging darum, in schweren Zeiten die bürgerlichen Werte zu verteidigen. 1973 schrieb Hans Habe in der "Welt": "Wer es wagt, für die Beibehaltung der Großbuchstaben zu plädieren, gilt als kleinkariert-greisenhafter, engstirnig-kapitalistischer, fortschrittfeindlich-privilegienfreundlicher Reaktionär. Ich plädiere..." (Nachdruck in: Hiestand 1974: 154). Es gehörte also ein Stück Mut dazu, gegen die linke Offensive Widerstand zu leisten: "Die neue Linke kann den Analphabetismus nicht wieder einführen, aber sie meint, zur Not täten es auch halbe Analphabeten" (Nachdruck in: Hiestand 1974: 154). Verantwortlich für diesen Untergang der Kultur war das sozialistische Gedankengut: "Sozialismus heißt – es wird zu oft übersehen – Nivellement, und zwar auf der tiefsten Ebene: Anpassung der Klugen und Fleißigen an die Faulen und Blöden" (Nachdruck in: Hiestand 1974: 154). Doch gerade der sozialistische Nachbar schien einen ganz anderen Weg eingeschlagen zu haben, weit entfernt von der Vorstellung der Rechtschreibung als Instrument des Klassenkampfes in den Händen des Bürgertums. So lautet die Überschrift eines 1972 in der "Deutschen Lehrerzeitung" (DDR) publizierten Beitrags: "Ein Merkmal der Persönlichkeit ist ihre hohe Sprachkultur". Dort wird betont, dass "die richtige Schreibung für die Kommunikation in der sozialistischen Gesellschaft unbedingt erforderlich ist" (ohne Autorenangabe; Nachdruck in: Klute 1974a: 35). Im Arbeiter- und Bauernstaat sollte die Rechtschreibung weiterhin nach allen Regeln der Kunst unterrichtet werden.

Doch die Presse reagierte nicht nur ablehnend. In diesen Jahren konnten selbst die scheinbar unbeweglichsten Vertreter des bürgerlichen Kulturerbes ins Schwanken geraten, wie Karl Korn's Bericht über den Kongress "vernünftiger schreiben" deutlich erkennen lässt. Einerseits beschwert sich der Journalist über die starke Emotionalisierung und Ideologisierung des Diskurses, der seiner Meinung nach die vergangenen Stellungnahmen des gegnerischen Lagers an Leidenschaftlichkeit übertrumpfte. Andererseits gibt er zu, dass der Kongress, "trotz solcher Kraftakte", durchaus "Niveau" hatte und dass "die Argumente aus der Schulstube stark sind", was ihn *nolens volens* zu folgender Feststellung bringt:

Wir werden uns, wie berechtigt und schwerwiegend unsere an dieser Stelle häufig formulierten Bedenken nach wie vor sind, mit der

Tatsache auseinanderzusetzen haben, dass unsere Kinder und ihre Lehrer die deutsche Rechtschreibung des Dudens von 1901 nicht mehr ertragen. (Korn 1974; Nachdruck in: *Jahrbuch für internationale Germanistik* VI-2, 1974: 36).

Das aus heutiger Sicht erstaunliche Einlenken eines überzeugten Reformgegners lässt sich nur damit erklären, dass sich die Widersacher der Reform in die Defensive gedrängt fühlten und keine andere Wahl mehr hatten, als sich der Sache zu stellen. Der Trend schien unaufhaltsam, alle Beteiligten rechneten mit einer unmittelbaren Einführung der Reform.

6 Zur Kehrtwende nach 1973

Entgegen aller Erwartung geriet die Reform ins Stocken. Warum weder die Reformbereitschaft in der Öffentlichkeit noch die Aktionen der militanten Kreise, die den Staat zum Handeln zwingen sollten, die erhoffte Wirkung zeigten, hat eine Reihe innen- und außenpolitischer Gründe, die im Folgenden nur skizziert werden können.

Auf bundesdeutscher Ebene sprachen sich die Mitglieder der Kultusministerkonferenz am 25. Mai 1973 für eine Rechtschreibreform auf der Basis der Wiesbadener Empfehlungen aus. Es sah so aus, als wäre das Ziel nun in Sicht, aber der Schein trog. Ein paar Monate später wurde diese prinzipielle Zusage auf politischer Ebene wieder rückgängig gemacht, als der Kultusminister von Baden-Württemberg, Wilhelm Hahn, in einem Interview mit der "Welt" von der geplanten Reform Abstand nahm und die Beibehaltung der Großschreibung favorisierte (cf. Guratzsch 1973). Andere CDU-Politiker schlossen sich bald an (cf. Zabel 1997: 10). In der Zwischenzeit hatte sich die Polemik zugespitzt. Die Ideologisierung der Reformdiskussion hatte einmal mehr zu einer Verhärtung der Fronten geführt. Damit lässt sich die Kehrtwende der CDU-regierten Länder gegen Ende des Jahres 1973 zumindest teilweise erklären.

Auch die außenpolitischen Verhältnisse spielten in diesen Jahren "im Fall der staatlich gevierteilten deutschen Sprache" (Weisgerber 1980: 2) eine entscheidende Rolle, zumal die BRD einen Alleingang nicht riskieren wollte. Die zwischenstaatlichen Diskussionen haben eine wechselvolle Geschichte. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Reformbemühungen auch aufgrund der schleppenden Kommunikation auf außenpolitischer Ebene im Sand verliefen, wobei man amtlicherseits gern die Verantwortung für das Scheitern der Verhand-

lungen jeweils dem Nachbarn zuschob. Auf der Seite der Reformer wird wiederum eher die Trägheit der eigenen staatlichen Stellen unterstrichen. Aus bundesdeutscher Sicht ziehen Augst und Zabel folgendes Fazit: “Die zuständigen politischen Institutionen zeigen sich in der DDR reformaufgeschlossen, in der Schweiz abwartend-neutral, in Österreich freundlich-bemüht, in der BRD jedoch abwehrend-unwillig” (Augst / Zabel 1979: 21). Hillinger und Nerius bescheinigen den politisch Verantwortlichen in der DDR “eine lavierende, von Zeit zu Zeit je nach Einschätzung der Lage und nach Kräfteverhältnis der Entscheidungsträger wechselnde Politik” (Hillinger / Nerius 1997: 15). In Österreich, wo Bürgerinitiativen besonders aktiv waren, wird das Verhalten der offiziellen Stellen von Karl Blüml (1997) als sehr zurückhaltend geschildert. Und von der Schweiz war erst recht keine Initiative zu erwarten: “Sie wollte abwarten, was im Ausland geschieht, und bei den Reformbemühungen keine Vorreiterrolle übernehmen” (Looser / Sitta 1997: 42).

In dieser Zeit gesellschaftlichen Umbruchs, in der viele Reformen erfolgreich durchgeführt wurden, blieb der institutionelle Widerstand gegenüber jeglicher Veränderung im Bereich der Rechtschreibnorm anscheinend doch sehr groß.

7 Ideologische Kompromittierung?

Die 1996 in der “Wiener Absichtserklärung” verabschiedete “Neuregelung der deutschen Rechtschreibung” hatte inhaltlich mit den früheren Projekten insofern wenig gemeinsam, als der wichtigste und umstrittenste Punkt nach langem Hin und Her gestrichen worden war: Nach jahrelangen Bemühungen um die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung setzte sich die vermehrte Großschreibung als einzige politisch vertretbare Lösung durch. Nun wurden andere Reformpunkte, die bisher als nebensächlich und unstrittig gegolten hatten, wie die Getrennt- und Zusammenschreibung oder die Kommasetzung (cf. Baudusch 1997), auf einmal problematisch.

In den Medien wurde von Reformgegnern auf eine vermeintliche Verwandtschaft hingewiesen, die vom Nationalsozialismus über das DDR-Regime bis zur 68er Bewegung reiche. Ziel der Polemik war es, die Reform vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren. So lautet die Überschrift eines Artikels der “FAZ” aus dem Jahre 2000: “Zermürbung der Hirne durch Rechtschreibreform – Kleiner Besuch bei der buckligen Verwandtschaft: Die neue Rechtschreibung und der

Nationalsozialismus” (Ickler 2000: 44). Bei genauer Lektüre des Artikels stellt man jedoch fest, dass der Germanist Theodor Ickler den Vorwurf der ideologischen Verwandtschaft als unbegründet erklärt, was die reißerische Überschrift nicht ahnen lässt. Dafür bezichtigt er die heutigen Reformexperten der fachlichen Inkompetenz: “Die Rutsche Reform hat nichts spezifisch Nationalsozialistisches. Ihre Verfasser verstanden etwas von der Sache, sogar mehr als die heutigen Reformer”. Theodor Ickler verteidigt die “historisch-semantische Schreibweise” gegen die Angriffe der “phonetischen Schule”, die seit 1901 immer wieder versuchte, eine Reform in ihrem Sinn durchzusetzen. Dabei sei “der rationale Kern [das phonetische Prinzip] durch die jeweils passende ideologische Hülle eher verborgen als freigelegt” worden:

Unsere heutigen Reformer, die vom lautschriftlichen Gedanken nur sehr wenig retten konnten, leiten ihre Grundorientierung aus der emanzipatorischen Pädagogik der frühen siebziger Jahre her. Unterschichtkinder waren an die höhere Bildung heranzuführen und zugleich die repressiven Herrschaftsstrukturen durch den Verweis ihrer ‘Veränderbarkeit’ aufzubrechen. An der Rechtschreibreform wollte man, wie es sich für eine von Lehrern veranstaltete Revolution gehörte, ein Exempel statuieren. (Ickler 2000: 44)

Das Sonderbare an diesen Ausführungen ist, dass Theodor Ickler zwar die Oberflächlichkeit des ideologischen Beweggrunds erkennt und durchaus überzeugend darstellt, aber die angebliche Verwandtschaft der Reform mit dem Nationalsozialismus und der 68er Generation als Argument gegen die Reform ungestört weiter einsetzt. Auch unter der Feder des Journalisten Dankwart Guratzsch wird die 68er Bewegung über die Rechtschreibdebatte in die ideologische Nähe des Nationalsozialismus gerückt. So lautet der Schlusssatz eines im selben Jahr in der “Welt” erschienenen Artikels:

Überraschend jedoch ist der neue Blick, der sich auf die gesellschaftspolitische Relevanz der Reform eröffnet: Was von den Reformpädagogen der 68er-Bewegung als Waffe gegen ein repressives Bildungssystem verstanden wurde, war seinem Ursprung nach ein Erzeugnis des repressivsten Staatswesens, das in Deutschland je regiert hat. (Guratzsch 2000)

Dabei kündigt der Untertitel genau das Gegenteil an: “Die Rechtschreibreform wurzelt nicht in der NS-Zeit”. Wie der Verfasser auf die oben zitierte Schlussfolgerung kommt, bleibt auch bei genauer Lektüre seiner Ausführungen rätselhaft. Dieser Widerspruch, der beim aufmerksamen Leser das Gefühl hervorrufen, an der Nase herumgeführt

worden zu sein, hat vermutlich seinen Grund sowohl in der Voreingenommenheit des Journalisten als auch in der ablehnenden Grundhaltung der Zeitung gegenüber der Reform. Darüber hinaus muss auf das mangelnde Interesse der Medien an einem Konsens hingewiesen werden: "Um das Publikum zum Lesen und damit zum Kauf des eigenen Produktes zu bewegen, ist den Medien daran gelegen, einen Dissens solange wie möglich zu konservieren oder – durch ausgeprägte Emotionalisierung – gar zu verschärfen" (Stenschke 2005: 289).

Dass gerade die 68er Bewegung – neben dem Nationalsozialismus und dem DDR-Regime – neuerdings als Schreckbild erhalten musste, um die Rechtschreibreform zu diskreditieren, zeigt, wie sehr sich deren Stellenwert gewandelt hat. Für viele musste das lästige Erbe endlich überwunden werden.

8 Heutige Abrechnung mit 68

In den letzten Jahren werden die 68er "noch einmal zum Bürgerschreck stilisiert" (Koch 2007: 132). Die antiautoritären Erziehungsmuster der 70er Jahre geraten in Verruf, und zwar nicht nur im engen Kreise der Pädagogen. Auch in der Belletristik hat die Stunde der Abrechnung geschlagen, wie der 2004 erschienene Roman von Sophie Dannenberg "Das bleiche Herz der Revolution" exemplarisch demonstriert. In diesem Buch werden die Kinder der 68er als Opfer einer pseudo-toleranten und daher besonders gefährlichen Ideologie dargestellt. In Frankreich hat schon mancher Politiker sich diesen Diskurs erfolgreich zueigen gemacht. Man denke an die umstrittenen Worte des Kandidaten Nicolas Sarkozy während der letzten Präsidentschaftswahlen: "Dans cette élection, il s'agit de savoir si l'héritage de mai 68 doit être perpétué, ou s'il doit être liquidé une bonne fois pour toutes" (aus seiner Rede am 29. April 2007 im Palais omnisport de Bercy).

Allerseits wird also eine "Rückkehr zur Disziplin" gefordert. Die Streitschrift "Lob der Disziplin" des Pädagogen Bernhard Bueb (2006), der lange Jahre die Internatsschule Schloss Salem leitete, avancierte innerhalb weniger Wochen zum Bestseller und wurde in der Presse entsprechend viel besprochen. Buebs zentrale These bezieht sich auf die notwendige Rückkehr zu den Sekundärtugenden "wie Gehorsam, Pünktlichkeit und Ordnungssinn", die "in unserem Land abgelehnt oder sogar diffamiert" werden. Um aus der heutigen

Krise wieder herauszukommen, helfe nur eins: "Gehorsam und Furcht vor Strafe sollten wir nicht länger aus der Erziehung verbannen" (aus einem Interview mit dem *Spiegel* vom 11. September 2006: "Disziplin ist das Tor zum Glück").

In Deutschland hatten schon die enttäuschenden Ergebnisse der ersten internationalen Pisa-Studie⁵ (2000) für Unruhe gesorgt. In der öffentlichen Rezeption war monatelang von einer allgemeinen "Bildungskatastrophe" die Rede gewesen. Für manche Reformgegner war der Pisa-Schock ein Anlass mehr, die seit 1998 an den Schulen eingeführte neue Rechtschreibung als Erbstück einer verfehlten Bildungspolitik anzugreifen. In der "FAZ" äußerte sich Bernd Rütters zum Thema "Willkür in den Worten. Die Rechtschreibreform und das Recht". Sein Urteil über die 70er Jahre lautet:

Es war die Zeit, in der Verhaltensweisen wie Fleiß, Ausdauer, Ordnungsliebe, Genauigkeit, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und ähnliches als "gefährliche Sekundärtugenden" totalitärer Systeme diffamiert wurden. In den Schulen führte diese Entwicklung in der Regel dazu, dass Fehler der Grammatik und der Rechtschreibung einschließlich der Interpunktion bei der Benotung von Fachklausuren kaum noch gewertet wurden. (Rütters 2002: 8)

In der oben erwähnten Rede von Nicolas Sarkozy finden sich ganz ähnliche Töne. Hier werden auch noch die vermeintlich falschen Bildungsmuster der 68er mit der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in einen Topf geworfen:

Ils avaient cherché à faire croire que l'élève valait le maître, qu'il ne fallait pas mettre de notes pour ne pas traumatiser les mauvais élèves, et que surtout il ne fallait pas de classement. Que la victime comptait moins que le délinquant.

Eine solche Parallelität ist umso erstaunlicher, als die deutschen und französischen Bildungssysteme bekanntlich stark voneinander abweichen; insbesondere halten deutsche Beobachter die französische Schule in der Regel für sehr autoritär. Allen Unterschieden zum Trotz scheint sich grenzüberschreitend die Meinung zu verbreiten, die 68er Generation samt ihrer Freiheitsideale sei Schuld an jeglichem Übel der Gesellschaft.

So lässt sich indirekt erklären, warum sich die Gegner der deutschen Rechtschreibreform gegen die behutsame Liberalisierung der Kommasetzung wehrten, ein nach der Einführung der Reform

⁵ Programme for International Student Assessment. Siehe: <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/>.

(1998) besonders strittig gewordener Punkt, der 2006 im Zuge der “Reform der Reform” teilweise zurückgenommen wurde: “Hier wurde der Sicherung des Textverstehens gegenüber der von der Reform beabsichtigten Liberalisierung den Vorzug gegeben” (*Sprachreport* 2006: 14⁶). Es überwog das Bedürfnis nach einer festen Norm mit einheitlichen Regeln. Eine Liberalisierung, so gut gemeint sie auch war, schien den Schreibern größere Schwierigkeiten zu verursachen als die Ersetzung einer zwingenden Regel durch eine andere, wie zum Beispiel bei der neuen ß/ss-Regelung. Dasselbe gilt für die im Bereich der Fremdwortschreibung neu eingeführten Varianten. Kritiker warnten: wo es dem Einzelnen überlassen werde, ein Wort so oder so zu schreiben, drohe bald Rechtschreibchaos, die Einheit der deutschen Sprache sei in Gefahr. Eins steht fest: In Zeiten, wo der Ruf nach Ordnung und Disziplin laut wird, sind Normabweichungen unerwünschter denn je.

Eine Reform der Rechtschreibung ist an und für sich ein brisantes Thema, weil sie zwangsläufig die Frage des richtigen Umgangs mit einer gesellschaftlich festgelegten Norm aufwirft.

Am Beispiel des jahrzehntelangen Streits um die Abschaffung bzw. Beibehaltung der Großschreibung – der bis in die 90er Jahre andauerte –, zeigt sich, wie hartnäckig um eine Sprachnorm gekämpft werden kann.

Mitte der 70er Jahre schien eine Reform *von unten* gegen den “staatlich verordneten Diktatzwang” möglich zu sein, die gesellschaftliche Akzeptanz war relativ hoch, selbst wenn es auch damals an Kritikern nicht mangelte. Als es in den 90er Jahren tatsächlich zur Durchführung der Reform kam, zu einem Zeitpunkt, wo die Gesellschaft sich von den Idealen der 68er Bewegung wieder distanziert hatte, fand auch der Gedanke eines Norm- und Traditionsbruchs in der Bevölkerung keine breite Basis mehr. Jetzt hieß es, es handle sich um eine vom Staat verordnete, antidemokratische Reform, also um eine Reform *von oben*.

Da der öffentliche Diskurs der letzten Jahre Normabweichungen in allen Bereichen und speziell im Bereich der Erziehung immer weniger duldete, waren die Bedingungen für eine sachliche Auseinandersetzung mit der Rechtschreiberneuerung denkbar ungünstig. Das Argument der Reformbefürworter, man solle den Schülern das Erlernen der Schriftsprache erleichtern, sei es durch die Vereinfachung des beste-

6 Extra-Ausgabe: zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung ab 1. August 2006.

henden Regelsystems, sei es durch eine Liberalisierung der Rechtschreibung, konnte nur auf taube Ohren stoßen. Solche Vorschläge waren mit dem Null-Toleranz-Modell, das seither vielerorts eingefordert wurde, unvereinbar.

Ob nun die Rechtschreibreform – oder das, was von ihr übrig geblieben ist –, gezielt als “Erbstück” der 68er Bewegung bezeichnet werden darf, ist äußerst fraglich, sowohl aus historischen als auch aus inhaltlichen Gründen: Zum einen hatten die Reformer der 70er Jahre mit den Wiesbadener Empfehlungen ein schon existierendes Modell übernommen, und zum anderen blieb der wichtigste Punkt des damaligen Reformpakets, die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung, am Ende auf der Strecke. Der eigentliche Beitrag der 70er Jahre an den Reformbemühungen liegt sicher eher auf dem Gebiet der Grundlagenforschung, die jenseits des ideologischen Diskurses intensiv betrieben wurde, sodass im Laufe der Zeit eine beträchtliche Ansammlung an wissenschaftlichen Arbeiten zur deutschen Rechtschreibung zustande kam.

Die Tatsache, dass die heutigen Reformgegner den vermeintlichen Einfluss der 68er Bewegung als Argument gegen die Reform verwendet haben, sagt weniger über die Reform selbst aus als über den aktuellen Status des 68er Erbes im kollektiven Bewusstsein und in den Medien. Tatsächlich ist die Geschichte der Reformbemühungen ein geistiges Erbe des gesamten 20. Jahrhunderts. Mit ihren Höhen und Tiefen spiegelt diese langjährige Debatte allgemeine Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung wider. Die grundsätzlichen Argumente dafür und dagegen bleiben immer die gleichen, doch die Art und Weise, wie sich die Schwerpunkte verlagern, wie die Argumente vorgetragen und in der Öffentlichkeit aufgenommen werden, verrät viel über die Kräfte, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Gesellschaft den Ton angeben.



Bibliographie

- ANDERSEN, Bo Dan Bo / HANSEN, Soeren / JENSEN, Jesper (1970). *Das kleine rote schülerbuch*. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M.
- AUGST, Gerhard / ZABEL, Hermann (1979). “Stand der öffentlichen und politischen Diskussion über die Rechtschreibreform im deutschsprachigen Raum mit einer Zeittafel ab 1973”. In: MENTRUP (Hg.). *Rechtschreibreform in der Diskussion*. Tübingen, 11-42.

- AUGST, Gerhard / BLÜML, Karl / NERIUS, Dieter / SITTA, Horst (Hg.) (1997). *Zur Neuregelung der deutschen Orthographie*. Niemeyer, Tübingen.
- BARTSCH, Renate (1985). *Sprachnormen: Theorie und Praxis*. Niemeyer, Tübingen.
- BAUDUSCH, Renate (1997). "Die unproblematischsten Vorschläge sind die zur Zeichensetzung". In: AUGST / BLÜML / NERIUS / SITTA (Hg.), 489-495.
- BAUER, Gerhard / BAUER, Sybille (1972). "Die Religion der Rechtschreibung". *Linguistische Berichte* 18, 64-69.
- BAUER, Gerhard (1973). "Einige Grundsätze zum Kampf um eine vereinfachte Rechtschreibung". Nachdruck in: KLUTE (Hg.), 1974a, 74-82.
- BLÜML, Karl (1997). "Die Geschichte der Reformbemühungen von 1960 bis 1990 in Österreich". In: AUGST / BLÜML / NERIUS / SITTA (Hg.), 25-36.
- BÖRGE, Vagn Albeck (1972). "Die Reform der Rechtschreibung in Dänemark". In: PACOLT (Hg.), 123-133
- BUEB, Bernhard (2006). *Lob der Disziplin – eine Streitschrift*. List Verlag, Berlin.
- DREWITZ, Ingeborg / REUTER, Ernst (Hg.), 1974. *Vernünftiger schreiben, Reform der Rechtschreibung*. Verband Dt. Schriftsteller, PEN-Zentrum der BRD, Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft, Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M.
- GREBE, Paul (1968). "Der Stand der Rechtschreibreform". In: BERGER Dieter (Hg.), *Geschichte und Leistung des Dudens*. Bibliographisches Institut, Mannheim, 89-94.
- (1974). "Die Wiesbadener Empfehlungen des Arbeitskreises für Rechtschreibregelung". *Jahrbuch für internationale Germanistik* VI-1, 61-69.
- GURATZSCH, Dankwart (1973): "Zu früh auf Grün geschaltet". *Die Welt*, 23.11.1973; Nachdruck in: *Der Sprachpfleger* 2 (53), 1975, 539-541.
- (2000). "Die Kleinschreibung spart 35 000 Tonnen Blei". *Die Welt*, 04.10.2000.
- (2005). "Kraftakt der Sprach-Technokraten. Erstmals werden die Rechtschreibregeln durch eine Regierung verordnet – Bruch mit der Tradition". *Die Welt*, 30.06.2005.
- HABE, Hans (1973). "Analphabeten an die Front!". *Welt am Sonntag* Nr. 31/1973. Nachdruck in: HIESTAND (Hg.), *Müssen wir neu schreiben lernen?* Beltz Verlag, Weinheim u. Basel, 1974, 154-155.
- HILLINGER, Sabine / NERIUS, Dieter (1997). "Die Geschichte der Reformbemühungen von 1960 bis 1995 in der DDR". In: AUGST / BLÜML / NERIUS / SITTA (Hg.), 15-24.
- ICKLER, Theodor (2000). "Zermürbung der Hirne durch Rechtschreibreform – Kleiner Besuch bei der buckligen Verwandtschaft: Die neue Rechtschreibung und der Nationalsozialismus". *FAZ* 262, 10.11.2000, 44.
- KLUTE, Wilfried (Hg.) (1974a). *Orthographie und Gesellschaft. Materialien zur Reflexion über Rechtschreibnormen*. Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt/M.
- (1974b). "Rechtschreibung zwischen Norm und Reform. Eine Unterrichtseinheit der Sekundarstufe II". *Der Deutschunterricht* 1/74, 93-102.
- KOCH, Klaus (2007). "Erziehung im Nationalsozialismus, 1968 und der erneute Ruf nach Disziplin und Unterordnung". In: Micha BRUMLICK (Hg.). *Vom Missbrauch*

- der Disziplin. Antworten der Wissenschaft auf Bernhard Bueb.* Beltz Verlag, Weinheim u. Basel, 100-133.
- KOVRT, Manfred (1997). "Orthographische Normen in der demokratischen Gesellschaft". In: AUGST / BLÜML / NERIUS / SITTA (Hg.). *Zur Neuregelung der deutschen Orthographie.* Niemeyer, Tübingen, 295-315.
- KORN, Karl (1974). "Die Rechtschreibreform wird zum Politikum". *FAZ.* Nachdruck in: *Jahrbuch für internationale Germanistik* VI-2, 1974, 35-39.
- KRACHT, Harald (1974). "Die Rechtschreibreform in Dänemark". In: DREWITZ / REUTER (Hg.), 133-137.
- LOOSER, Roman / SITTA, Horst (1997). "Die Geschichte der Reformbemühungen von 1970 bis 1995 in der Schweiz". In: AUGST / BLÜML / NERIUS / SITTA (Hg.), 37-48.
- NESSLER, Hans (1972). "Rechtschreibung, eine überfällige Reform". *Diskussion Deutsch* 7/1972, 57-75.
- PACOLT, Ernst (Hg.) (1971). *Beiträge zur Erneuerung der deutschen Rechtschreibung.* Jugend u. Volk, Wien / München.
- RIGOL, Rosemarie (1970). "Schichtzugehörigkeit und Rechtschreibung". *Diskussion Deutsch* 2/1970, 154-168.
- RÜTHERS, Bernd (2002). "Willkür in den Worten. Die Rechtschreibreform und das Recht". *FAZ* 298, 23.12.2002, 8.
- SCHRODT, Richard (1991). "Fatale Germanisten fummeln falsch an der deutschen Sprache! Über Rechtschreibung als Ideologie". *Informationen zur Deutschdidaktik – Zeitschrift für den Deutschunterricht in Wissenschaft und Schule* 16/2, 22-41.
- STENSCHKE, Oliver (2005). *Rechtschreiben, Recht sprechen, recht haben – der Diskurs über die Rechtschreibreform.* Niemeyer, Tübingen.
- ZABEL, Hermann (1997). "Die Geschichte der Reformbemühungen von 1970 bis 1995 in der BRD". In: AUGST / BLÜML / NERIUS / SITTA (Hg.), 7-14.